

der rote bote

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der
Stadt Castrop-Rauxel

DEININGHAUSEN NACH
DEM SÜNDEFALL
DER PRIVATISIERUNG **Seite 2**

BÄNKE AUF DEN
SARKOPHAGEN
NICHT ERWÜNSCHT **Seite 4**

REDE ZUR
AUSWEITUNG DER
OPTIONSKOMMUNEN **Seite 6**

CDU/FDP-Bundesregierung hetzt die Armen gegen die Ärmsten auf



Ingo Boxhammer
Ratsmitglied

Wie man Hartz IV- Empfänger um ein menschenwürdiges Leben bringt

Nun wissen wir es: Eigentlich müssten die Regelsätze für Kinder nach den Rechenkünsten von Frau v. d. Leyen (CDU) "gekürzt" werden. So die Arbeits- und Sozialministerin in Berlin.

Das erreicht man auf folgende Weise: Zuerst verändert man die Berechnungsgrundlage (bisher wurden 20 % der untersten Einkommen als Bemessungsgrenze genommen, jetzt sollen es die untersten 15 % der Einkommen sein!).

Damit wird die Berechnungsgrundlage für die Regelsätze von den Hartz IV-Empfängern selbst und den Geringverdienern (das sind die sogenannten "Aufstocker" - also ebenfalls Hartz-IV-Empfänger) zum Ausgangspunkt aller Berechnungen genommen. Per-verser ist eine Bedarfsberechnung noch niemals erfolgt.

Was kann man von einer Gutsbesitzerin namens v. d. Leyen (CDU) und einer CDU/FDP-Regierung, die die Reichen noch reicher macht, auch anderes erwarten.

Da werden im Hinterzimmer mal eben mit der Atomlobby Verträge ausgehandelt, die zu Milliarden und Abermilliarden an Gewinnen der Atomindustrie führen. Den Atomdreck darf der Staat selber entsorgen und natürlich auch bezahlen. Für die Ärmsten der Armen sollen gerade einmal fünf Euro als Regelsatzerhöhung im Monat, rauskommen.

Die neuen Regelsätze enthalten: Keine Schnittblumen mehr, keine Currywurst am Imbisstand, keine chemische Reinigung mehr, keine 2 Zigaretten mehr am Tag und auch kein Bier mehr am Wochenende. Soweit die "Korrektur" von Frau von der Leyen. Die Botschaft ist klar: Arme bleibt am Besten zu Hause.

An unserer Gesellschaft braucht ihr jedenfalls nicht teilzuhaben.

Eine feine Sozialpolitik ist das.

Und liebe Hartz-IV-Empfänger und liebe Aufstocker: Wussten sie eigentlich, dass auch

bisher schon im Regelsatz enthalten waren:

6,93 Euro für Windeln, 0,29 Euro für einen Sprachkurs, 1,10 Euro für Sportartikel oder 2,14 Euro für den Theaterbesuch?

Für ein ganzes Jahr stehen Jugendlichen 70,00 Euro für Schuhe zu. Was machen die bloß im Wachstum?

Ein 14-jähriges Mädchen bekommt 2,87 Euro für den Friseur im Monat und darf für Kontakte mit Freundinnen und Freunden 4,78 Euro ausgeben. **Das ist ein Skandal sondergleichen.**

Aber die nächste Wahl kommt sicher. Alles merken, unbedingt zur nächsten Wahl gehen und heimzahlen. DIE LINKE. ist jedenfalls an ihrer Seite.

*Typisch Hartz IV-Empfänger!
Versäuft sein ganzes
Geld...!!*



DEININGHAUSEN NACH DEM SÜNDENFALL DER PRIVATISIERUNG



Marianne Holtmann
Sachkundige Bürgerin

Wohnen wird in Castrop-Rauxel für einkommensschwache Menschen zunehmend zum Armutsrisiko. Während die Reallöhne stagnieren oder sinken, steigen Mieten und Wohnnebenkosten kontinuierlich.

Schon jetzt bietet die Heuschrecke Griffin Bonds die Deininghauser Wohnungen bei Neuvermietung für 4,80 Euro/m² an.

2004 verkaufte die Viterra 27.000 Wohneinheiten an ihre Tochterfirma MIRA (die eigens als Auffangbecken für die sogenannten Schrottimmobilien der Viterra gegründet wurde). Zum Dumpingpreis von durchschnittlich 20.370 Euro gingen die Wohnungen über den Tisch. Im gleichen Jahr gingen davon 2.700 Wohneinheiten (darunter auch in Deininghausen) an die Firma Wohnprojekt Essen GmbH.

Diese verkaufte 2 Jahre später die Wohnungen im Kernbereich von Deininghausen an den Immobilienfonds Griffin Bonds.

Gewinn über alles!

Die Folgen für die Mieter sind fatal. Jahrelang aufgelaufene Sanierungsmängel werden nicht abgebaut, so werden lediglich Elektrolüfter zur Trockenlegung der sogenannten Punkthäuser eingesetzt, deren Flachdächer inzwischen völlig marode sind. Klagen die Mieter weiterhin über feuchte Wände, wirft man ihnen vor, sie würden die Trockenmaschinen zu selten anwerfen und es werden Mess-

uhren an den Trockenapparaten installiert. Trotz vorschriftsmäßiger Betriebszeit werden die Wände nicht trocken. Diese irrwitzige Art der Schadensbekämpfung macht deutlich, dass es hier ganz sicher nicht um Nachhaltigkeit geht.

Hier geht es um Renditesteigerung um jeden Preis. Schimmelnde Wände, defekte Heizungen, marode Sanitäreinrichtungen schaffen eine Wohnsituation jenseits der Menschenwürde

Kampf der Mieterinnen u. Mieter

Unbehagen macht sich breit im Stadtteilcafé "DEIN TREFF Punkt" seit bekannt ist, dass Griffin zum Ende des Jahres die 3. Verwalterfirma in die Wüste schickt.

Dagmar Sokacz, die Sprecherin des Mieterrats, führt in den Räumen des Begegnungszentrums unermüdlich den Kleinkrieg gegen Griffin Bonds. Sie spricht den jungen MieterInnen bei den regelmäßigen Treffs neuen Mut zu und entwickelt mit ihnen Strategien, wie man der Heuschrecke am besten bei kommt.

Gebetsmühlenartig betont sie immer wieder: ohne Anwalt oder Beistand durch den Mieterschutzbund bewegt sich nichts.

Gerade heute bei meinem Besuch, geht es um eine junge Familie mit kleinen Kindern, die seit Wochen ohne warmes Wasser und ohne Heizung leben muss. Wann dieser Missetand behoben wird, weiß niemand.

Eines aber steht jetzt schon fest: ab Januar 2011 wird die derzeitige

Verwalterfirma Treureal von der 4. Nachfolgerin abgelöst und so brechen die vom Mieterrat und Stadtteilbüro mühsam aufgebauten Kommunikationsstrukturen mit den Eigentümern erneut zusammen.



Dagmar Sokacz (links) und Ilona Wild (rechts) haben immer ein offenes Ohr für verzweifelte MieterInnen.

Armutsfaktor Wohnung

Insgesamt wird der Markt für bezahlbaren Wohnraum in Castrop-Rauxel weiter eingeschrumpft. Bereits jetzt kostet z. B. eine einfache 56 m² Wohnung auf Schwerin (Bussardstraße) 321 Euro kalt plus 230 Euro Nebenkosten (Deutsche Annington).

Während die Mietbelastungsquote der Gutverdiener unter 20 % ihres Einkommens beträgt, liegt sie für Mieter der unteren Einkommensgruppen bei rund 50 % ihres monatlichen Verdienstes.

Aber von 1.000 Einwohnern in Castrop-Rauxel haben nur noch 170 einen versicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Das heißt im Umkehrschluss, die Zeche der explodierenden Mieten zahlt die ohnehin schon über beide Ohren verschuldete Kommune.

Ein von Sozialministerin Ursula von der Leyen vorgelegter Gesetzesentwurf soll die Kommunen ermächtigen, die Kosten für Unterkunft und Heizung zu pauschalisieren. Angesichts der klammen Kassen der meisten Städte und Gemeinden ist davon auszugehen, dass dies in vielen Fällen auf Kürzungen hinauslaufen wird.

"Soziale Stadt Deininghausen" vor dem "Aus"

Das von Manfred Herold sehr erfolgreich begleitete Projekt "Soziale Stadt Deininghausen" läuft am 31.12.2011 aus. Die Deininghauser machen sich Sorgen, wie es ohne ihn weiter gehen soll. Es bleibt zu hoffen, dass die vielen von ihm angestoßenen, größtenteils ehrenamtlich geführten Projekte weiterlaufen, denn sie bringen frische Lebensqualität in den Stadtteil.

Kaufmann mit Engagement

Auch privaten Initiativen verdankt der Stadtteil eine Neubelebung. Die fehlende Infrastruktur bei der Nahversorgung mit Lebensmitteln wurde vor 7 Jahren von Arif Acikgöz ausgeglichen.

Der Deutsche türkischer Abstammung hat in den ehemaligen Geschäftsräumen der Firma Wengler seine Oase eröffnet, ein Lädchen für die wichtigen Dinge des alltäglichen Bedarfs. Bis zu zehn Kunden, die sich selbst nicht mehr versorgen können, beliefert er frei Haus.

In der Zeit meines Besuches gibt es ein ständiges Kommen und Gehen der Kunden, eine beschauliche Betriebsamkeit.

Es seien keine Großeinkäufe die hier erledigt werden, sagt Arif Acikgöz. Reich werde man mit so einem Laden nicht, aber es reiche zum Überleben. Seine Frau arbeitet mit, und eine halbe Stelle für

eine Mitarbeiterin ist auch noch drin.



Arif Acikgöz (links) versorgt die Deininghauser mit den Dingen des täglichen Bedarfs

Merklinde im freien Fall?

Mit diesem Laden steht Deininghausen weit besser da als z.B. Merklinde, wo nach dem Verkauf der Ruhr Lippe Wohnungen (Landesentwicklungsgesellschaft NRW) am 29. August 2008 an den Whitehall-Fonds der international tätigen Bank Goldman Sachs die gleichen Probleme wie in Deininghausen auflaufen werden. Aber dort gibt es keinen Laden und auch kein Projekt Soziale Stadt. Den Bewohnern bleiben nur ihre stark angehobenen Mieten und ihre Wut, weil sie die Wohnungen nicht mehr halten können.

Eine alleinerziehende Witwe sagte mir, "nach 12 Jahren Wohnen in Merklinde ist hier für mich Schluss. Ich kann 286,00 Euro Kaltmiete plus 220,00 Euro Nebenkosten für 59 m² einfach nicht aufbringen."

Widerstand formiert sich

Der Zorn ist nicht nur bei den Mietern groß, sondern auch bei den Mitarbeitern der LEG. Beide organisieren sich derzeit im Internet (<http://www.volksinitiative-leg.de/>).

Wohnen ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht für alle. Bei der gegenwärtigen Politik des Bundes und der meisten Länder steht das nicht im Mittelpunkt. Die Privatisierung öffentlichen Eigen-

tums hat den Wohnbereich voll erfasst. Der politische Handlungsrahmen der Kommune wird dadurch zunehmend geringer. Für einkommensschwache Mieter ist ein ausreichendes Wohnungsangebot erforderlich. Das wird am sinnvollsten durch öffentliche Wohnungsbestände gewährleistet.

DIE LINKE. fordert:

- ▶ Die gesetzlich festgelegte Möglichkeit, die Mieten alle drei Jahre um bis zu 20 % zu erhöhen, muss gestoppt werden.
- ▶ Die energetische Sanierung der Wohnungen muss gesetzlich gefordert werden.
- ▶ Sofortige Rücknahme der Neuregelung, 11 % der Sanierungskosten auf die Mieten umzulegen.
- ▶ Das Wohngeld muss regelmäßig der Wohnkostenentwicklung angepasst werden.
- ▶ Heizkosten müssen in voller Höhe beim Wohngeld berücksichtigt werden.
- ▶ Die Mietbelastung darf 25 % des Einkommens nicht überschreiten.
- ▶ 75 % der Wohnungsbauförderprogramme des Bundes sollen für ein soziales Wohnungsbauprogramm verwendet werden.

Es darf nicht so weitergehen wie in Deininghausen, wo die Leiterin des AWO-Familienzentrums mittlerweile eine Mittagstafel für die Deininghauser Kinder nötig findet. Von den 30 Kindern, die von der AWO mit einem Mittagstisch für 2,50 Euro pro Tag versorgt werden, sind 15 wieder abgemeldet worden, weil das Geld dafür einfach nicht mehr da ist.

BÄNKE AUF DEN SARKOPHAGEN NICHT ERWÜNSCHT



Jürgen Beineke
Sachkundiger Bürger

Erlebnisbericht



Ich war neu. Neu in Castrop-Rauxel, neu bei der Partei DIE LINKE und neu im Jugendhilfeausschuss. Nach 40 Jahren Abwesenheit vom Ruhrgebiet war ich nach meiner Berentung zurückgekehrt und hatte mich den Linken in Castrop-Rauxel angeschlossen. Für die habe ich als Sachkundiger Bürger ein Mandat im hiesigen Jugendhilfeausschuss inne, was mir eine Reihe von Aufgaben beschert.

Neugierig besuchte ich verschiedene Veranstaltungen, die um den Jugendhilfeausschuss herum angesiedelt sind, so auch das KijuPa (Kinder- und Jugendparlament) mit seinem Jugendforum und sei-

nem Kinderforum. Über die Monate lernte ich, dass das KijuPa bei Bürgermeister, auch Rat und Jugendhilfeausschuss hohes Ansehen und Wertschätzung genießt. Es hat so gar einen ständigen Sitz im Jugendhilfeausschuss. Ich lernte, mich ebenfalls ehrfürchtig zu verhalten, nahm ausnahmslos an jeder seiner Sitzungen teil, lernte die Kinder und Jugendlichen als brave bis hoch angepasste Mitglieder des Castrop-Rauxeler Gemeinwesens kennen.

Und dann kam der 22. April 2010 der Tag der KijuPa-Sitzung im Ernst-Barlach-Gymnasium, der auch gleichzeitig der Tag der Wahrheit werden sollte. Im Rahmen dieser Sitzung nun sollte u. a. eine Reihe von Anträgen gestellt werden. Wichtige Leute waren erschienen, der Bürgermeister selbst eröffnete die Sitzung. Die Polizei war vertreten, der Leiter des Jugendamtes und ebenfalls höchstpersönlich Michael Werner, der Leiter des stadteigenen Betriebes EUV. Umgangssprachlich würde man sagen: ein großer Bahnhof.

Entsprechend gespannt war ich dann auch, denn wie gesagt, das KijuPa genießt in dieser Stadt großes Ansehen – dachte ich.

Dann kam die große Pleite, die meisten Anträge wurden abgelehnt, so z. B.: Ein professioneller Kletterpark à la Dortmund & Bochum – na ja, dachte ich, ist ja auch ein bisschen teuer.

Aber auch die grandiose Idee, Parkbänke und Papierkörbe auf den Hügeln des Erin-Parks aufzustellen, „damit man da auch mal mehr kann, als nur 10 Minuten herumzustehen (so die Begründung der jungen Leute)“, was ja nun wirklich nicht viel kostete – abgelehnt. Michael Werner, Leiter EUV, belehrte die Anwesenden: Ein längerer Aufenthalt von Menschen sei dort nicht erwünscht, weil die Hügel in Wahrheit Sarkophage sind – **Sarkophage, nicht etwa für Päpste! – Nein, es sind Sarkophage für Sondermüll (empörend).**

Mir als Sozialarbeiter kam langsam die Galle hoch, hatte ich doch immer die Erwartung, Parkanlagen sollten der Entspannung von Menschen dienen und vor allem deren Begegnung. Und nun musste ich lernen, dass Parkanlagen auch zur Lagerung von Sondermüll erhalten können, zumindest hier in Castrop-Rauxel und dass daher ein längeres Verweilen von Bürgern dort nicht erwünscht ist – na klasse. Oder – wie würden Jugendliche sagen? **Cool !!!**

Nun war der Antrag, eine Skater-Bahn im Erin-Park zu errichten, an der Reihe. Und auch hier wieder: Es geht nicht, so die Mitteilung der Verwaltung, denn Castrop-Rauxel verfügt nur über einen Nothaushalt und darf keine freiwilligen Leistungen erbringen. – Na super, Herr Bürgermeister. Politiker sollten Vorhaben ermöglichen, nicht vereiteln.

Alternative Vorschläge hätten erwartet werden können. – Hoch lebe die Einfallslosigkeit!

Meine Empörung war erheblich. Ich wollte einen sichtbaren Beweis für die überall erlebte verbalisierte Hochachtung vor dem KijuPa.

Sie sollten gezwungen werden, ihre wahre Gesinnung zu erkennen zu geben. Sie sollten gezwungen werden, dieses KijuPa aktiv und ganz konkret zu unterstützen

oder sich zur Ablehnung ebenso aktiv zu bekennen.

Ich formulierte also einen dementsprechenden Unterstützungsantrag der Fraktion der LINKEN



und brachte ihn nach Abstimmung in der Ratsfraktion in den Jugendhilfeausschuss ein. Wenn schon keine städtischen Mittel eingesetzt werden konnten, so hätte man die Möglichkeit gehabt, auf außerstädtische Töpfe zurückzugreifen.

Am 1. Juli 2010 war es dann so weit, der Beschlussvorschlag lag dem Jugendhilfeausschuss zur Aussprache und Abstimmung vor. Interessanterweise legte mir der im Übrigen neu gewählte Ausschussvorsitzende, Herr John von der SPD, nahe, den Antrag zurückzuziehen, was ich ablehnte, da sowohl die Demonstration einer evtl. Ablehnung als auch deren niederschriftliche Dokumentation

ausdrücklich gewollt waren.

Erstaunliche intellektuelle Dialektik der Ablehnungsbegründung von Johannes Kampmann (B90/Die Grünen): Das Kinder- und Jugendparlament (KijuPa) habe in der Vergangenheit gute und engagierte Arbeit geleistet, wodurch man darauf vertraue, dass es das Thema Skater-Bahn eigenständig weiterverfolgen kann. Damit erübrige sich ein ausdrücklicher (Unterstützungs-)Antrag vonseiten des JHA. Sebastian John (SPD) schloss sich dieser Argumentation an.

Seltsam: Wegen der guten und engagierten Arbeit des KijuPa verweigert man die von den Linken beantragte Unterstützung dieses KijuPa hinsichtlich seines Antrages, im Erin-Park eine Skaterbahn zu errichten.

Wie war das noch?

Das KijuPa genießt hohes Ansehen und Wertschätzung!? – An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

(1. Johannes 2,1-6)



Rede zur Ausweitung der Optionskommunen auch im Kreis Recklinghausen



Angelika Aimene-Wiegold
Ratsmitglied

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Union, FDP und SPD wollen die Betreuung und Vermittlung von Erwerbslosen stärker auf die Kommunen übertragen.

Warum DIE LINKE. Castrop-Rauxel dagegen ist.

Die Betreuung und Vermittlung von Erwerbslosen zu einem größeren Teil auf die Kommunen zu übertragen, bedeutet einen arbeitsmarktpolitischen Flickentepich zu schaffen, der auch noch den Steuerzahler teuer zu stehen kommt.

DIE LINKE. fordert dagegen eine einheitliche Arbeitsverwaltung.

Die bestehende Organisation der ARGEN – Arbeitsgemeinschaften und Kommunen – erklärte das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2007 für verfassungswidrig. (unzulässige Mischverwaltung). Nun soll die Zahl der Optionskommunen von bisher 69 auf 110 erweitert und die bisherige Befristung aufgehoben werden. Der Kreis Recklinghausen, und damit auch Castrop-Rauxel, hat sich darum beworben, eine der 110 Optionskommunen zu werden. Mit dieser Jobcenterreform treffen die Verantwortlichen eine schwerwiegende Entscheidung. Denn mit der Änderung des GG (Grundgesetz wird ein Grundprinzip der Hartz-Reformen in die Verfassung fest geschrieben: nämlich die Trennung der Erwerbslosen in zwei Klassen, Hartz-IV-Empfänger und Bezieher von Arbeitslosengeld I.

DIE LINKE fordert dagegen, eine Anlaufstelle für alle Erwerbslosen zu schaffen und allen die gleiche Förderung zu ermöglichen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum bei gleicher Problemlage die Betroffenen unterschiedlich behandelt werden. Die Kommunalisierung der Arbeitsverwaltung ist ordnungspolitisch ein falscher Weg. Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und darf als solches nicht auf Kommunen abgewälzt werden. Wem an einer bundesweiten Arbeitsmarktpolitik gelegen ist, der darf die Zuständigkeit für das SGB II nicht auf die Kommunen übertragen. Kommunen betreiben in Eigenregie keine bessere Arbeitsvermittlung. Im Gegenteil. Ein Bericht der letzten Bundesregierung (die sogenannte 6c-Evaluierung) belegt: Optionskommunen sind nachweislich weniger in der Lage, Erwerbslose in bedarfsdeckende Beschäftigung zu vermitteln und aus der Hilfebedürftigkeit herauszuführen als die Jobcenter der Arbeitsagentur.

Stellt man das Modell einer vollständig kommunalisierten Arbeitsvermittlung dem Modell einer bundesweit einheitlichen Arbeitsvermittlung gegenüber, ergeben sich rechnerisch Mehrkosten von 3,9 Milliarden Euro. Angesichts dieser Ergebnisse nun die Optionskommunen auszuweiten, ignoriert die jahrelange wissenschaftliche Begleitforschung und verkehrt die Ergebnisse ins Gegenteil.

Der Bundesrechnungshof, bestimmt kein Freund der LINKEN, kritisiert: Das Modell der Bundesregierung gibt ein einheitliches System zur Grundsicherung für Arbeitssuchende dauerhaft auf und führt zu einem unnötig komplizierten Verwaltungsaufbau mit entsprechenden finanziellen Mehrausgaben. Eine Kommunalisierung der Arbeitsverwaltung wäre zudem ein historischer Rückschritt. 1927 wurde in Deutschland nach langem Ringen die gesetzliche Arbeitslosenversicherung eingeführt und in diesem Zusammenhang eine landesweit einheitliche Arbeitsverwaltung geschaffen. Dies war auch eine Antwort darauf, dass Kommunen mit dieser Aufgabe zunehmend überfordert waren und sich ein überregionaler Arbeitsmarkt entwickelt hatte.

Mißachtet werden damit auch internationale Erfahrungen. Vor etwa zehn Jahren begann man in den Niederlanden und in Großbritannien die Arbeitsvermittlung zu kommunalisieren. Inzwischen ist man davon aber wegen negativer Erfahrungen abgekommen.

DIE LINKE steht mit ihrer Haltung nicht alleine da!

Der DGB lehnt eine Ausweitung der Optionskommunen mit der Begründung ab, diese würde die bestehenden Strukturprobleme weiter verschärfen. Er fordert: Der einheitliche Arbeitsmarkt darf nicht aus dem Blick geraten.

Das Erwerbslosenforum kritisiert: Mit der Ausweitung der Options-

kommunen werden die Arbeitslosen zweiter Klasse für kommunale Eigeninteressen missbraucht und können sich wegen der Schaffung alter Sozialhilfestrukturen kaum auf bundeseinheitliche Regelauslegungen verlassen. Damit wird die Entrechtung von Hartz-IV-Bezieherinnen und -Beziehern im Grundgesetz zementiert.

Der LINKEN ist bewusst, dass in mancher Kommune die Auffassung herrscht, die Sache lieber vor Ort selber in die Hand zu nehmen, um nicht der Politik der Bundesagentur in Nürnberg ausgeliefert zu sein. Angesichts der real existierenden Verhältnisse in der Bundesagentur ist eine solche Einstellung nachvollziehbar. Ferner erhoffen sich die Kommunen finanzielle Vorteile. So verständlich der Ärger in mancher Kommune über die Bundesagentur ist, so wenig ist die Ausweitung der

Optionskommunen die Lösung dieses Problems. Droht nicht am Ende sogar eine finanzielle Mehrbelastung für die Kommunen, wenn der Bund im Rahmen seiner Sparpolitik die entsprechenden Haushaltsmittel kürzt?

Wir als LINKE fordern:

Die Bundesagentur muss wieder demokratisiert werden und sie muss ihren sozialpolitischen Auftrag wahrnehmen.

DIE LINKE bleibt dabei, es ist falsch, die Arbeitsverwaltung auf die Kommunen zu übertragen. Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und darf nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Je mehr die Zuständigkeit für das SGB II in die kommunalen Haushalte gelegt wird, umso größer wird der Anreiz der Bundesregierung, Ausgaben in diesem Bereich zu kürzen. Siehe Bundeszuschuss für die Kosten

der Unterkunft im Hartz-IV-Bezug. Die bundesweit einheitliche Vermittlung, Betreuung und Förderung aller Erwerbslosen setzt eine einheitliche Organisation voraus. Zuständig dafür ist die Bundesagentur für Arbeit.

Der DGB-Bundesvorstand sagt in seinem Beschluss vom 12.4.2010: "Arbeitslosigkeit und Arbeitsförderung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, für die vorrangig der Bund in finanzieller und inhaltlicher Verantwortung steht. Die Übereinstimmung von Aufgaben und Finanzverantwortung muss gewährleistet werden."

DIE LINKE lehnt deshalb die Schaffung weiterer Optionskommunen auch hier im Kreis Recklinghausen sowie in Castrop-Rauxel ab!

Kaum genehmigt wird schon die Hälfte gekürzt!

Rote Karte für die Habinghorster Fussballvereine !

Das Sportstättenkonzept für die Habinghorster Fussballvereine sieht eine Lösung für den Gänsebusch mit zwei neuen Sportplätzen vor. Doch angesichts der dramatischen Haushaltssituation der Stadt Castrop-Rauxel ist diese Maßnahme gestorben !

SPD und Grüne haben zur Kommunalwahl 2009 diese Lösung mit zwei neuen Sportplätzen für den Gänsebusch versprochen !

- ▶ Sind die Vereine VfB Habinghorst und Victoria Habinghorst getäuscht worden ?
- ▶ Haben nicht SPD und Grüne schon vorher gewusst, dass diese Lösung, zwei neue Sportplätze für den Gänsebusch, nicht zu finanzieren ist ?

Bilden Sie sich selbst eine Meinung !

In den anderen Stadtteilen wie Ickern, Castrop, Obercastrop, Schwerin, Merklinde und Frohlinde gibt es bereits Kunstrasenplätze für die Fussballvereine.

Aber auch für andere Stadtteile sind annehmbare Lösungen gefunden worden.

9.025 Einwohner (Stand: 31.12.2009) in Habinghorst !

Ein großer Stadtteil !

- ▶ VfB Habinghorst (Stand: 21.09.2010)
230 Mitglieder, davon 66 bis 18 Jahre
- ▶ Victoria Habinghorst (Stand: 21.09.2010)
340 Mitglieder, davon 158 bis 18 Jahre

Aber schlechte Sportplätze !



DIE LINKE-Ratsfraktion fordert die Verwaltung der Stadt auf, eine annehmbare Lösung für beide Fussballvereine zu finden !

Aber eine Lösung muss her und nicht ein Wahlversprechen wie durch SPD und Grüne in 2009 !

Der Arbeitsmarktbericht NRW von Oktober 2010

- oder wie die Statistik gefälscht wird -

"Aufschwung am NRW-Arbeitsmarkt geht weiter", lautet die Überschrift der Pressemitteilung, mit der die Regionaldirektion NRW die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in NRW für Oktober 2010 vorstellt. Nahezu euphorisch wird darauf verwiesen, dass "nur" noch 735.624 Menschen arbeitslos gemeldet seien und damit 48.691 weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. NRW-Arbeitsminister Schneider (SPD) gibt sich ebenfalls "optimistisch" angesichts der neuen Zahlen. "Dass diese Aufschwungparolen mit den realen Arbeitslosenzahlen nicht das Geringste zu tun haben, lässt sich unschwer feststellen, wenn man den Arbeitsmarktbericht vom

Oktober 2010 einmal genauer unter die Lupe nimmt," erklärt dazu Jürgen Aust, arbeitsmarktpolitischer Sprecher des Landesvorstands DIE LINKE. NRW.

"Der Arbeitsmarktbericht weist nämlich in seinen Anlagen aus, dass real 965.106 Personen als arbeitslos registriert sind, was in dem Bericht als sog. Unterbeschäftigung bezeichnet wird. Rechnerisch liegt die tatsächlich registrierte Arbeitslosigkeit um ca. 230.000 Menschen und damit um ca. 30 % (!) höher als die offiziellen Zahlen. Dass die 'offizielle' Arbeitslosigkeit auf manipulierten Zahlen beruht, wurde durch die Hartz-Gesetzgebung eingeführt. Danach werden alle diejenigen

statistisch nicht mehr erfasst, die zwar arbeitslos sind, aber z. B. Trainings- oder Weiterbildungsmaßnahmen absolvieren, die sich in sog. Arbeitsgelegenheiten oder aber im sog. Vorruhestand befinden. Während in NRW aktuell 1.167.861 erwerbsfähige Personen ALG II beziehen, sind davon in der offiziellen Statistik lediglich 538.857 als arbeitslos erfasst, so dass mehr als 50 % der Hartz-Betroffenen aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik gewissermaßen -entsorgt- werden. Das Ausmaß der realen Arbeitslosigkeit beweist, dass die herrschende Arbeitsmarktpolitik im Bund und NRW nur als Bankrotterklärung bezeichnet werden kann."

Tatsächliche Arbeitslosigkeit Oktober 2010 in NRW:	965.106	Quelle:	
offizielle Arbeitslosigkeit:	735.624	Regionaldirektion NRW -	
nicht gezählte Arbeitslose:	229.482	Arbeitsmarktbericht 10/2010	
Nicht gezählte Arbeitslose aufgeschlüsselt:			
älter als 58 oder Altersteilzeit	38.542	Beschäftigungszuschuss	9.785
Aktivierung und berufliche Eingliederung	48.618	vorübergehende Arbeitsunfähigkeit	5.475
berufliche Weiterbildung	44.688	Gründungszuschuss	28.340
Arbeitsgelegenheiten	51.945	Einstiegs geld	1.766
ABM	231		

Impressum
DIE LINKE. Fraktion im Rat
Castrop-Rauxel
 Europaplatz 1
 44575 Castrop-Rauxel
 Zimmer 427
 Tel.: 02305 - 4458305
 Email: ratsfraktion@die-linke-castrop.de
Bürozeiten
 Montag: 10 - 12 Uhr
 Dienstag: 10 - 12 Uhr
 Donnerstag: 16 - 18 Uhr

So findet man die Partei DIE LINKE.

Wer nicht mehr nur Zuschauer sein will und an einem echten Neuanfang für eine starke LINKE in Deutschland teilnehmen will, ist herzlich willkommen!
Interessiert?

Neben dem persönlichen Engagement sind natürlich auch Geldspenden für linke Politik in Castrop-Rauxel und für den Fortbestand **"der rote bote"** willkommen.

Jeder Euro zählt!

Wir treffen uns jeden
 1. und 3. Montag, um 19:30
 Uhr, in der Gaststätte
 "Haus Oestreich"
 (Frohlinder Str./Grimbergstr.).

DIE LINKE.
 www.die-linke-castrop.de